

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 49 | 04.12.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Franz Leidenmühler

Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Lehrbuch „Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union“ wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union. Einblicke in die aktuelle Judikatur des EuGH und Testsequenzen zur Überprüfung des Erlernten runden das Lehrmaterial ab. Bei der vorliegenden vierten Auflage handelt es sich um die – bereits um die BREXIT-Änderungen aktualisierte –erweiterte Fassung des Studienbuchs.

ISBN 978-3-902883-44-5, 4. Auflage, XX und 301 Seiten, Harteinband, 45 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 120/2020](#)

Bundesgesetz über die **Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses für das Jahr 2019** (Darstellung der Rechnungsabschlüsse; Erläuterungen zu den höchsten Voranschlagsabweichungen; Bericht des RH zur Prüfung der Abschlussrechnungen und des „IT- unterstützten Schuldenmanagements des Bunds“)

[BGBl I 121/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über österreichische Beiträge an internationale Finanzinstitutionen (**IFI-Beitragsgesetz 2020**) erlassen und das **Bundesschatzscheinggesetz** geändert wird (Darstellung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit [EZA] als Kernbereich internationaler Finanzinstitutionen [IFIs]; internationale Anstrengungen zur Umsetzung der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung; durch eine Bündelung der Ressourcen vieler Geber bieten multilaterale Entwicklungsbanken eine effiziente und effektive Möglichkeit, um in koordinierter und kohärenter Weise Entwicklungsländer zu unterstützen und die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele [Sustainable Development Goals – SDGs] iRd Agenda 2030 zu fördern)

[BGBl I 122/2020 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2021 (**Bundesfinanzgesetz 2021 – BFG 2021**) samt Anlagen (Veranschlagung von Ein- und Auszahlungen auf Ebene des Gesamthaushalts, der Rubriken, der Untergliederungen, der Globalbudgets und der Detailbudgets erster Ebene; zusätzlich dazu sind die jeweiligen Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushalts auf Ebene der Globalbudgets und der Detailbudgets erster Ebene veranschlagt)

[BGBl I 123/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzrahmengesetz 2021 bis 2024 erlassen wird – **BFRG 2021-2024** (Auftreten kurzfristiger Personalbedarfe iZm der Krisenbewältigung, die durch die Übernahme von Verwaltungspraktikanten in reguläre Dienstverhältnisse zur Unterstützung der Krisenstäbe bedeckt werden sollen; das Sondervertragsregime bzw die Genehmigungspflicht des BMKOES stellt sicher, dass die Übernahmen ausschließlich zur Krisenbewältigung erfolgen und ermöglicht gleichzeitig ein verlässliches Controlling der Personalkapazitäten; das BundesfinanzrahmenG, das auf Grundlage der RV 381 der Beilagen in der 62. Sitzung des NR am 19. November 2020 beschlossen wurde, soll infolge eines Verfahrensfehlers im NR nicht in Kraft treten)

[BGBl II 532/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, mit der Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe im Zusammenhang mit **besonderen Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19** zugelassen werden

[BGBl II 538/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2020/21 (**COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21**) geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 400 v 30.11.2020, 1](#)

Verordnung (EU) 2020/1781 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/1139 in Bezug auf die **Verringerung der Fangkapazität** in der Ostsee und der Verordnung (EU) Nr 508/2014 in Bezug auf die **endgültige Einstellung der Fangtätigkeit** von Flotten, die Dorsch in der östlichen Ostsee, Dorsch in der westlichen Ostsee und Hering in der westlichen Ostsee befischen

[ABI L 400 v 30.11.2020, 7](#)

Beschluss (EU) 2020/1782 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 zur Änderung des Beschlusses Nr 573/2014/EU über **die verstärkte Zusammenarbeit** zwischen den **öffentlichen Arbeitsverwaltungen** (Text von Bedeutung für den EWR)

[ABI L 401 v 30.11.2020, 1](#)

Endgültige Feststellung (EU, Euratom) 2020/1776 des **Berichtigungshaushaltsplans** Nr 7 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2020

[ABI L 402 v 01.12.2020, 1](#)

Beschluss (EU) 2020/1790 des Rates vom 16. November 2020 zur Ermächtigung Portugals, auf bestimmte in den autonomen Regionen Madeira und Azoren hergestellte **alkoholische Erzeugnisse** einen **ermäßigten Verbrauchsteuersatz** anzuwenden

[ABI L 402 v 01.12.2020, 7](#)

Beschluss (EU) 2020/1791 des Rates vom 16. November 2020 zur Ermächtigung Frankreichs, auf in Guadeloupe, Französisch-Guayana, Martinique und Réunion hergestellten „**traditionellen**“ Rum ermäßigte Sätze bestimmter **indirekter Steuern** anzuwenden

[ABI L 402 v 01.12.2020, 13](#)

Beschluss (EU) 2020/1792 des Rates vom 16. November 2020 über die Anwendung der **AIEM-Steuer** auf den Kanarischen Inseln

[ABI L 402 v 01.12.2020, 21](#)

Beschluss (EU) 2020/1793 des Rates vom 16. November 2020 zur Änderung des Beschlusses Nr. 940/2014/EU betreffend die Sondersteuer „**octroi de mer**“ in den französischen Gebieten in äußerster Randlage hinsichtlich seiner Geltungsdauer

[ABI L 403 v 01.12.2020, 1](#)

Verordnung (EU) 2020/1785 des Rates vom 16. November 2020 zur Eröffnung und Verwaltung **autonomer Unionszollkontingente** für die Einfuhr bestimmter **Fischereierzeugnisse** auf die Kanarischen Inseln im Zeitraum 2021 bis 2027

[ABI L 403 v 01.12.2020, 10](#)

Beschluss (EU) 2020/1788 des Rates vom 25. November 2020 zur Ernennung eines von der **Republik Österreich** vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglieds des **Ausschusses der Regionen**

[ABI L 405 v 02.12.2020, 1](#)

Verordnung (EU) 2020/1783 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die **Zusammenarbeit zwischen den Gerichten** der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der **Beweisaufnahme** in Zivil- oder Handelssachen (Beweisaufnahme) (Neufassung)

[ABI L 405 v 02.12.2020, 40](#)

Verordnung (EU) 2020/1784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (**Zustellung von Schriftstücken**) (Neufassung)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

25.09.2020, [G 222/2020](#)

ZustellG; keine Verfassungswidrigkeit des Wortes "rechtzeitig" in einer Bestimmung des ZustellG betreffend die **Hinterlegung eines Dokuments** bei Abwesenheit; Möglichkeit, rechtzeitig vom Zustellvorgang Kenntnis zu erlangen, hinreichend klar bestimmt

25.09.2020, [E 774/2020](#)

Stmk RaumordnungsG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** der Nachbarn durch Erteilung einer **Baubewilligung für ein Einkaufszentrum** in einer Stmk Gemeinde; Errichtung eines Einkaufszentrums auf einem widmungsfreiem Grundstück nach dem Stmk RaumordnungsG nicht zulässig

07.10.2020, [G 164/2020 ua](#) (Anlassfall [E 76/2019](#))

VerwaltungsvollstreckungsG; Verfassungswidrigkeit näher bezeichneter Wortfolgen des VerwaltungsvollstreckungsG betreffend die **Beugehaft**; Verstoß gegen das **Verhältnismäßigkeitsgebot** des Rechts auf persönliche Freiheit mangels Festlegung einer Höchstgrenze für die Gesamtdauer der Beugehaft; keine gesetzliche Determinierung näherer Kriterien für eine weitere Verhängung der Beugehaft sowie zur Verhältnismäßigkeitsprüfung der Gesamtdauer

08.10.2020, [G 136/2020 ua](#)

SchulunterrichtsG; keine Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des SchulunterrichtsG betreffend die **ex-lege-Abmeldung vom Schulbesuch** bei ungerechtfertigtem Fernbleiben vom Unterricht; Rechtsfolgen der ex-lege-Abmeldung durch betroffene Schüler hinreichend bekämpfbar

08.10.2020, [E 1873/2020](#)

Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG; Verletzung im **Recht auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung** vor dem VwG; Durchführung der notwendigen – bereits anberaumten – Beschwerdeverhandlung mit technischen Kommunikationsmitteln anstelle ihres Entfalls wegen COVID-19 geboten

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

30.09.2020; [Ra 2019/10/0070](#)

UmweltverträglichkeitsprüfungsG; **AarhusKonvention**; bei der Beurteilung der **Antragslegitimation einer Umweltorganisation** im Rahmen des Art 9 Abs 3 Aarhus-Konvention stellt man nicht nur auf das Vorliegen der Voraussetzungen des § 19 Abs 6 UVP-G, sondern gerade auch auf die bescheidmäßige Anerkennung gem § 19 Abs 7 leg cit und den sich daraus ergebenden räumlichen Tätigkeitsbereich einer Umweltorganisation; diese Rspr ist auf die zu beurteilende Frage, ob der revisionswerbenden Umweltorganisation eine aus einer allfälligen Parteistellung resultierende Legitimation zur Erhebung einer Beschwerde gegen die erteilten naturschutzrechtlichen Bewilligungen zukommt, übertragbar; eine Beschwerde an das VwG gegen naturschutzrechtliche behördliche Bewilligungen kann nur von jenen gem § 19 Abs 7 leg cit anerkannten Umweltorganisationen erhoben werden, die sich für den Umweltschutz einsetzen und deren Tätigkeit sich inhaltlich und räumlich auf den „Schutz des Allgemeininteresses“ bezieht

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 26.11.2020, [W258 2217446-1](#)

DSGVO; aus Durchschnittswerten ermittelte Einschätzungen des Interesses natürlicher Personen können besondere Kategorien **personenbezogener Daten** iSd Art 9 DSGVO über diese Person darstellen, obwohl die Einschätzung der natürlichen Person weder auf ein Verhalten gründet, dass sie selbst gesetzt hat, noch auf eine (zumindest mittelbar) die Einschätzung betreffende Information (hier: ihre politische Meinung) über sie selbst

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[26.11.2020, Rs C-787/18, Sögård Fastigheter](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Nationale Regelung, die die Berichtigung von Vorsteuerabzügen durch einen anderen als den Steuerpflichtigen vorsieht, der den Abzug ursprünglich vorgenommen hat – Verkauf einer Immobilie durch eine Gesellschaft an Privatpersonen, wobei diese Immobilie von dieser Gesellschaft sowie der Gesellschaft, die früher Eigentümerin war, vermietet worden war – **Zweck der Mehrwertsteuerpflicht** beim Verkauf der Immobilie an Privatpersonen

[01.12.2020, Rs C-815/18, *Federatie Nederlandse Vakbeweging*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 96/71/EG – Art 1 Abs 1 und 3 sowie Art 2 Abs 1 – **Entsendung von Arbeitnehmern** im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen – Kraftfahrer im grenzüberschreitenden Güterverkehr – Anwendungsbereich – Begriff ‚entsandter Arbeitnehmer‘ – Kabotagebeförderungen – Art 3 Abs 1, 3 und 8 – Art 56 AEUV – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Für allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge

[03.12.2020, Rs C-767/19, *Kommission/ Belgien \(\) und du gaz naturel*](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinien 2009/72/EG und 2009/73/EG – **Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt** – Wirksame Trennung zwischen einerseits den Elektrizitätsübertragungs- und Erdgasfernleitungsnetzen und andererseits der Erzeugung und der Versorgung – Einrichtung unabhängiger nationaler **Regulierungsbehörden**

[03.12.2020, Rs C-352/19 P, *Région de Bruxelles-Capitale/ Kommission*](#)

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 1107/2009 – **Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln** – Durchführungsverordnung (EU) 2017/2324 – Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat – Art 263 AEUV – **Klagebefugnis** einer regionalen Einheit – **Unmittelbare Betroffenheit**

[03.12.2020, Rs C-320/19, *Ingredion Germany*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Richtlinie 2003/87/EG – System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten – Art 3 Buchst h – Neue Marktteilnehmer – Art 10a – Übergangsregelung für die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten – Beschluss 2011/278/EU – Art 18 Abs 1 Buchst c – Brennstoffbezogene Aktivitätsrate – Art 18 Abs 2 Unterabs 2 – Wert des maßgeblichen Auslastungsfaktors

[03.12.2020, Rs C-44/19, *Repsol Petróleo*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/96/EG – Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom – Art 21 Abs 3 – Fehlen eines einen **Steueranspruch begründenden Steuerentstehungsstatbestands** – Verbrauch von Energieerzeugnissen innerhalb des Betriebsgeländes eines Betriebs, in dem sie erzeugt worden sind, für die Herstellung von Endenergieerzeugnissen, wenn bei diesem Verbrauch zwangsläufig auch nicht energetische Erzeugnisse gewonnen werden

[03.12.2020, Rs C-461/18 P, *Changmao Biochemical Engineering/ Distillerie Bonollo u.a.*](#)

Rechtsmittel – Dumping – Einfuhren von Weinsäure mit Ursprung in China – Rechtsmittel eines Streithelfers im ersten Rechtszug – Art 56 Abs 2 Satz 2 der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union – Teilweise Interimsüberprüfung – Verlust der marktwirtschaftlichen Behandlung im Überprüfungsverfahren – Änderung des endgültigen **Antidumpingzolls** – Bestimmung des Normalwerts – Art 11 Abs 9 der Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Anschlussrechtsmittel – Von in der Europäischen Union ansässigen konkurrierenden Herstellern erhobene Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Unmittelbare Betroffenheit – Verteilung der Zuständigkeiten für die Durchführung eines Urteils

B. SCHLUSSANTRÄGE

[03.12.2020, Rs C-826/19, *Austrian Airlines \(GA Pikamäe\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – **Ausgleichsleistungen** für Fluggäste bei Annullierung oder Verspätung von Flügen – Umleitung eines Fluges zu einem anderen als dem in der ursprünglichen Buchung vorgesehenen Zielflughafen – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 2 Buchst I – Begriff ‚Annullierung‘ – Art 8 Abs 3 – Übernahme der Beförderungskosten – Veranlassung – Verletzung der Verpflichtungen aus den Art 8 und 9 der Verordnung – Ausgleichsanspruch

[03.12.2020, Rs C-739/19, *An Bord Pleanála \(GA Pikamäe\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Dienstleistungsverkehr** der Rechtsanwälte – Richtlinie 77/249/EWG – Art 5 – Verpflichtung für einen in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Rechtsanwalt, der einen Mandanten in gerichtlichen Verfahren vor den inländischen Gerichten vertritt, im Einvernehmen mit einem inländischen Rechtsanwalt zu handeln – Möglichkeit für eine Partei, die im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens von einem ausländischen Rechtsanwalt vertreten worden ist, sich im weiteren nationalen Verfahren von demselben Rechtsanwalt vertreten zu lassen

03.12.2020, Rs C-705/19, Axpo Trading (GA Sanchez-Bordona)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Warenverkehr** – Förderung der **Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen** – Stromeinfuhren aus der Schweiz – Nationale Bestimmung über die Verpflichtung zum Erwerb von **grünen Zertifikaten** – Abgabe zollgleicher Wirkung – Diskriminierende inländische Abgabe – Maßnahme mit gleicher Wirkung wie mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen – Staatliche Beihilfen – Übertragung staatlicher Mittel – Selektivität der Beihilfe – Vertrag zwischen der Europäischen Union und der Schweiz

03.12.2020, Rs C-559/19, Kommission/ Spanien (Détérioration de l'espace naturel de Doñana) (GA Kokott)

Umwelt – Richtlinie 2000/60/EG – Ordnungsrahmen für Maßnahmen der Union im Bereich der Wasserpolitik – Richtlinie 92/43/EWG – Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – **Verschlechterung der Grundwasserkörper im Naturraum Doñana** – Fehlen einer weiter gehenden Beschreibung derjenigen Grundwasserkörper oder Gruppen von Grundwasserkörpern im Naturraum Doñana, bei denen ein Risiko hinsichtlich der Zielrichtung ermittelt wurde – Geeignete grundlegende und ergänzende Maßnahmen des Bewirtschaftungsplans der Flussgebietseinheit Guadalquivir – **Verschlechterung verschiedener natürlicher Lebensräume**

03.12.2020, Rs C-337/19 P, Kommission/ Belgien und Magnetrol International (GA Kokott)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Steuervorbescheide (tax rulings) – Anpassung des Gewinns aufgrund sogenannter Gewinnüberschüsse – Verordnung (EU) 2015/1589 – Art 1 Buchst d – **Beihilferegelung** – Begriff der Regelung – Ständige Verwaltungspraxis der Steuerbehörden als Regelung – Nachweis einer ständigen Verwaltungspraxis durch die Europäische Kommission – Repräsentative Stichprobe – Fehlen näherer Durchführungsmaßnahmen – Allgemeine und abstrakte Definition der begünstigten Unternehmen – Zulässigkeit eines Anschlussrechtsmittels

03.12.2020, Rs C-650/18, Ungarn/ Parlament (GA Bobek)

Nichtigkeitsklage – Art 7 Abs 1 EUV – Begründeter Vorschlag des Europäischen Parlaments – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Art 263 AEUV – Art 269 AEUV – Entschließung zu einem Vorschlag, mit dem der Rat aufgefordert wird, festzustellen, dass die **eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der gemeinsamen Werte der Union** durch Ungarn besteht – Regeln für die Stimmenauszählung gemäß Art 354 AEUV und Art 178 der Geschäftsordnung des Parlaments – Begriff der abgegebenen Stimme – Nichtberücksichtigung von Stimmenthaltungen

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

01.12.2020, Beschwerde Nr 26374/18, Guðmundur Andri Ástráðsson / Island GK

Verletzung von Art 6 Abs 1 EMRK (Recht auf ein durch Gesetz eingerichtetes Gericht); **Ernennung eines Richters durch unzulässiges exekutives Ermessen ohne wirksame innerstaatliche gerichtliche Überprüfung und Rechtsbehelfe**; nicht jede Unregelmäßigkeit bei Ernennung eines Richters soll Recht gefährden; wichtige Änderungen in letzten Jahrzehnten hinsichtlich Ermessensspielraum der Minister für Richterernennung; Verletzung des Rechtsrahmens durch Justizminister bei Ernennung der neuen Richter; Missachtung einer grundlegenden Verfahrensregel (Schutzmaßnahme); keine ausreichende Untersuchung und Bewertung der Entscheidung; wichtige Errungenschaften und Garantien der Gesetzesreform durch Verstoß neutralisiert; Beeinträchtigung des Wesens von Art 6 Abs 1 EMRK durch **schwerwiegende Unregelmäßigkeiten** bei Ernennung

01.12.2020, Beschwerde Nr 46712/15, Berkman / Russland

Verletzung von Art 5 Abs 1 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit) wegen rechtswidriger Verhaftung der Bf und **Verletzung von Art 11 EMRK** (Versammlungsfreiheit), weil Verhaftung die Teilnahme an Tagung gehindert hat und **Verletzung von Art 11 EMRK iVm Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot), aufgrund Versäumnis der Polizei, Schritte zu unternehmen um Zugang zu Treffen zu erleichtern und Bf vor homophoben Angriffen der Gegendemonstranten zu schützen; **öffentliches LGBTI-Treffen; Versäumnis der Behörden, Teilnehmer vor aggressiven Gegendemonstranten zu schützen**; Pflicht der Behör-

den, nicht in Versammlungsfreiheit einzugreifen, sondern auch Pflicht, den Zugang zu erleichtern und Sicherheit der Teilnehmer zu gewährleisten; passives Verhalten der Polizei bei homophoben Angriffen; Maßnahmen zum Schutz einer schutzbedürftigen Minderheitsgruppe gerade in Russland aufgrund Geschichte öffentlicher Feindseligkeiten umso wichtiger

03.12.2020, Beschwerde Nr [12929/18](#), *Papachela und Amazon S.A./ Griechenland*

Verletzung von Art 1 1.ZPEMRK (Schutz des Eigentums); **Besetzung eines Hotels** über drei Jahre durch Migranten und Gruppe, die aus Solidarität mit ihnen handelte; **Untätigkeit der Behörden** bei Aufforderung die Hausbesetzer zu vertreiben; Beschwerden der Bf entweder vertagt oder nicht geprüft; keine Vollstreckung der vom Friedensrichter erlassenen Entscheidung zur Räumung und Rückgabe des Besitzes; Verkauf des Hauses durch Bf, um durch Hausbesetzer entstandene Schulden (Steuern, Wasser- und Stromrechnungen) zu begleichen und Strafverfahren zu vermeiden; Behörden hätten erforderliche Maßnahmen ergreifen müssen, um Recht auf friedliche Nutzung ihres Eigentums zu sichern; kein gerechter Ausgleich

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Stephanie Blechinger, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.